

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Juli d. J. den Grafen Albert Nostiz über sein Ansuchen von dem Posten eines Oberstlandmarschalls des Königreiches Böhmen in Gnaden zu entheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juli d. J. den Philos. Dr. Ferdinand Zirkel aus Bonn zum außerordentlichen Professor der Mineralogie an der Universität in Lemberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Justizministerium hat eine beim Tarnower Kreisgerichte erledigte definitive Kreisgerichtsratbsstelle dem dortigen provisorischen Kreisgerichtsrathe Johann Luczi v. Wadiuk verliehen.

Das Justizministerium hat die bei dem k. k. ländlichen Oberlandesgerichte erledigten Rathsssekretärsstellen dem verfügbaren Rathsssekretär der Banal-Tafel in Agram, Anton Tomicich, und den Rathsssekretär des Landesgerichtes in Trieste, Joh. Baptist Zoratti, verliehen.

Das Justizministerium hat eine bei dem Landesgerichte in Prag erledigte Rathsssekretärsstelle dem verfügbaren Rathsssekretärsadjunkten des aufgehobenen siebenbürgischen Ober-Landesgerichtes, Wenzel Urban, und die bei dem Kreisgerichte in Budweis erledigte Rathsssekretärsstelle dem Adjunkten des Bezirks- und Untersuchungsgerichtes in Neuhaus, Gustav Rappeneck verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. Juli.

Die polnische Angelegenheit tritt in Folge der russischen Rückführungen auf die vom 24. Juni datirten Depeschen der drei Mächte unverkennbar in ein neues und sehr bedeutungsvolles Stadium, schreibt die „G. G.“; das russische Kabinet hat mit jenen Rückführungen einen Standpunkt eingenommen, durch welchen die Angelegenheit, die den Gedankenaustausch zwischen den drei Mächten und Rußland herbeiführte, recht eigentlich die Tragweite einer europäischen Frage erhält. Als solche erkennt sie auch das österreichische Kabinet an, wie aus der so eben veröffentlichten Depesche des Grafen Rechberg vom 19. Juli, gerichtet an die österreichischen Botschafter in Paris und London, klar hervorgeht. Es ist in diesem so präzis gehaltenen Altkienstücke genau die Linie angegeben, die unser Kabinet in Bezug auf die weiteren Verhandlungen, welche es in der schwebenden Frage, sei es mit England und Frankreich, sei es mit Rußland, zu führen hat, für sich vorgezeichnet sieht, und indem es seine Theilnahme an diesen Verhandlungen auf den in jener Depesche bezeichneten Boden stellt, wahrte es zugleich in wirksamster Weise mit den Interessen Oesterreichs diejenigen des Friedens, der Ordnung und des Gleichgewichts in Europa.

Nach Mittheilungen aus Paris scheint in den dortigen finanziellen Kreisen eine nicht geringe Panik über die neueste Wendung der polnischen Angelegenheit zu herrschen. Der „Moniteur“ erklärte noch vor acht Tagen in offizieller Weise, der Kaiser habe gar nicht im Sinne nach Cherbourg zu gehen. So eben erfährt man jedoch als ganz bestimmt, daß Befehle an den Secpräfecten in Cherbourg ergangen sind, wornach der Kaiser dort persönlich eine Revue über die garnirten Schiffe abhalten und einem

großen Manöver beizuhohnen wird. Das Kommando dieser neuen Eskadre soll dem Admiral Rigault de Genouilly anvertraut werden. Uebrigens weiß man in den mit den Tuilerien in Rapport stehenden Kreisen auch recht gut, daß der Kaiser in diesem Augenblicke den Krieg nicht will; sein Einverständnis mit Palmerston müßte noch vollständiger oder die Ereignisse noch dringlicher werden, um ihn zu bestimmen, die Lösung der polnischen Frage mit dem Schwerte durchzuführen. — Die Nachrichten aus dem Kaukasus lauten sehr ernst und für Rußland ungünstig. Die Russen beschuldigen die Engländer und die Türken, den dortigen Bergvölkern Waffen geliefert zu haben, und so ganz unrichtig dürfte diese Anklage nicht sein.

11. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 23. Juli.

In der Hofloge erscheint kurz nach Anfang der Sitzung Se. kais. Hoheit Herr Erzherzog Karl Ferdinand, später Se. kais. Hoheit Herr Erzherzog Rainer.

Auf der Ministerbank: Rechberg, Schmerling, Meserly, Vasser, Degenfeld, Plener, Wickenburg, Burger, Fein.

Nach Verlesung des Protokolls werden die Einkünfte mitgetheilt:

Dr. Stamm hat folgenden Antrag gestellt, welcher heute zur Vertheilung kam. Er lautet: Das hohe Haus wolle beschließen: Es ist ein aus neun Mitgliedern bestehender Ausschuss aus dem Hause zu wählen, welcher die den Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmungen zur Grundlage dienenden Konzeptionen und Verträge für die Unternehmungen einerseits, für den Staat und die Staatsbürger andererseits resultirenden Rechte und Verpflichtungen zu prüfen, und dem Hause darüber Bericht zu erstatten hat.

Im Wege der kais. Gesandtschaft in Berlin und des Ministeriums des Aeußern wurde von Seite des preussischen Herrenhauses ein Exemplar der stenog. Berichte und sonstigen Drucksachen des preussischen Herrenhauses in der Landtagsperiode 62/63 an das Haus übersandt. (Wurde in das Archiv hinterlegt.)

Es kommen 2 Interpellationen zur Verlesung, von denen die erste, vom Dr. Cyprian an den Staatsminister gerichtete, die Gehalte der Lehrer an Gymnasien und Oberrealschulen betrifft und die Fragen stellt:

1. Wäre das h. Staatsministerium nicht geneigt bis zur definitiven, von dem Reichsrathe bereits befürworteten Regulirung der Gehalte der Lehrer an Mittelschulen, den durch die Ministerialverordnungen vom 28. Mai l. J. erzielten Mehrbetrag des Schulgeldes aus allen Gymnasien, auf welche sich diese Verordnung erstreckt in einen einzigen Fond zu leiten, aus welchem alle Lehrer gleichförmig oder wenigstens in einem angemessenen Verhältnisse der Anciennetät als es der Ministerialerlaß vom 10. Oktober 1855 dormalen überhaupt gestattet, theilhaft werden könnten?

2. Ist das h. k. k. Staatsministerium geneigt auf die von den beiden Häusern des h. Reichsrathes in ihren Sitzungen am 24. Juni und 10. Juli 1862 befürwortete Gleichstellung der Oberrealschullehrer mit den Gymnasiallehrern in Rang und Bezügen schon dormalen einzugehen?

Die zweite von Benedek eingebrachte ist an das Justizministerium gerichtet und betrifft von Prof. Czertuneskiewitz in Lemberg von dem Katheder gegen die griechisch-orientalische Kirche gerichtete Schmähworte. Die Interpellanten fragen:

1. Hat die Regierung von diesem Vorfalle Kenntniß genommen,

2. ist sie geneigt, die etwa säumigen Justizorgane zur gefeßmäßigen Amtshandlung in diesem Falle anzuweisen?

Der Präsident ertheilt hierauf dem Minister des Aeußern Grafen Rechberg das Wort zur Beantwortung der von Var. Tinti betreffs der Grenzverletzungen eingebrachten Interpellation.

Minister des Aeußern Graf Rechberg: Das kais. Ministerium des Aeußern hat auf Grund der ihm zugekommenen Anzeigen von stattgehabten Grenzverletzungen durch kais. russ. Truppen mit dem ganzen Ernste, welchen die Sorge für die Unverletzbarkeit des Staatsgebietes, wie für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums der Staatsangehörigen ihm zur Pflicht machte, an die kais. russ. Regierung die dem Thatbestande jedes einzelnen Falles entsprechenden Reklamationen gerichtet. Das Ministerium hat in jedem dieser Fälle sowohl die kais. Gesandtschaft in St. Petersburg, als auch das Generalkonsulat in Warschau beauftragt, von der russ. Regierung die gebührende Genugthuung, so wie die zur Verhütung solcher Vorkommnisse nöthigen Maßregeln nachdrücklichst zu verlangen. In Beantwortung einer jeden dieser Reklamationen wurde sowohl von dem kais. russ. Kabinete, als von dem Großfürsten-Statthalter des Königreiches Polen das Bedauern über die begangenen Uebergreife ausgedrückt und die volle Genugthuung hiefür zugesichert.

Was zuerst den auf dem österr. Gebiete von eingedrungenen Kosaken widerrechtlich verhafteten Mann betrifft, welcher sich nach Versprengung einer Insurgentenbande aus dem Königreich Polen herüber geflüchtet hatte, so wurde derselbe durch die kais. russ. Regierung unverweilt wieder nach Oesterreich ausgeliefert und es wurde auch für diesen Vorfall von dem, bei dem kais. Hofe beglaubigten Gesandten Sr. Majestät des Kaisers von Rußland dem Ministerium des Aeußern die Entschädigung seiner Regierung ausgesprochen.

Alljogleich, nachdem unsere Reklamation wegen der Grenzverletzung bei Manow erhoben worden war, wurde der Garde-Rittmeister Kirijew, Adjutant Sr. kais. Hoheit des Großfürsten Konstantin, dahin gesendet, um über den Vorfall nähere Erkundigungen einzuziehen. Nachdem inzwischen die weiteren Grenzverletzungen bei Dzulize und Marol den Anlaß zu neuen Reklamationen geboten hatten, erfolgte sowohl an das k. k. Ministerium des Aeußern, als an den öst. General-Konsul in Warschau durch die dortige Statthaltertschaft die Erklärung, daß auf Befehl Sr. Maj. des Kaisers Alexander die kais. österr. Regierung für jede von russ. Truppen begangene Verletzung des österr. Staatsgebietes und die dabei verübten Gewaltthaten eine vollkommene Genugthuung erhalten sollte. Es werde ein kais. russ. Ordonanzoffizier mit den nöthigen Instruktionen versehen nach Lemberg an den dortigen Statthalter abgesendet werden und die Genugthuung würde darin bestehen:

1. Daß das Bedauern Sr. Maj. des Kaisers, und Sr. Hoh. des Großfürsten Konstantin über die stattgehabten Grenzverletzungen ausgedrückt werde.

2. Daß die Kommandanten, unter deren unmittelbaren Leitung die Grenzverletzungen geschahen, bestraft werden sollen.

3. Daß für die em Offizier Garbera und der Mannschaft zugefügten materiellen Verluste vollkommener Ersatz gewährt werde.

4. Daß dem Staate für den Verlust eines Soldaten das Einstandsgeld ersetzt werde. (Heiterkeit.)

5. Daß die Familie des erschossenen Soldaten Pich eine angemessene Geldentschädigung erhalten, und

6. Daß ein oberster Tagesbefehl vom Ober-Kommandanten der Truppen im Königreiche Polen an alle Truppenführer dafelbst erlassen werden, indem letztere mit allem Ernste vor Begehung von Grenzverletzungen gewarnt werden sollen.

Zur Durchführung der obigen Punkte 1 bis 5 wurde der Hauptmann des Generalstabs der Garde

Annenkoff nach Galizien entsendet, welcher, nachdem er sich dem kais. Statthalter in Lemberg vorgestellt hatte, in Begleitung eines k. k. Generalstabs-Hauptmanns und des bezüglichen k. k. Bezirksvorstehers auf die verschiedenen Punkte, wo die Grenzverletzungen stattgefunden, sich ergab, daselbst den Thatbestand konstatierte und die obgedachten Geldentschädigungen an die theilhaftigen Personen leistete. Der Erfolg seiner Mission ist bereits seiner Zeit in der offiziellen „Krat. Ztg.“ vom 6. Mai d. J. bekannt gegeben worden, so wie auch der Umstand, daß den durch die Grenzverletzungen beschädigten einzelnen Personen die gebührende Genugthuung zu Theil geworden sei, in derselben Zeitung vom 4. Juli gemeldet wurde. Ich erlaube mir hier nur insbesondere hervorzuheben, daß der Schwester des bei Osulje gebliebenen unverheirateten Soldaten Pisch eine Entschädigung von 1200 fl. öst. W. ausbezahlt wurde.

Was dagegen die angebotene Zahlung des Einstandsgeldes von 1200 fl. für Pisch, so wie die dem k. k. Lieutenant Garbera unter dem Ausdrucke des vollsten Bedauerns über die ihm zugefügten Unbilden angebotene volle Geldentschädigung für die ihm abgenommenen Werthgegenstände betrifft, so wurden diese Anerbieten abgelehnt, (Bravo) Letzteres von dem gedachten Lieutenant mit dem Bemerkten, bereits von Sr. k. k. Apost. Maj. vollkommen entschädigt worden zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Der Tagesbefehl vom 12. d. J., welcher übrigens sich lediglich als ein Akt der innern russ. Armee-Verwaltung darstellt, wurde dem k. k. Ministerium des Aeußern nur zum Beweise mitgetheilt, daß dem von der k. russ. Regierung gegebenen Versprechen gemäß den Kommandanten ihrer Truppen die ernstgemeinten Warnungen und Befehle erteilt wurden, bei Gefechten mit den polnischen Insurgenten die österr. Grenze nicht zu verletzen, und dieselbe unter keinem Vorwande zu überschreiten, widrigenfalls sie nach der Strenge der Gesetze behandelt werden würden.

Dieser Tagesbefehl hat, — ich muß einen besondern Werth darauf legen, es zu konstatiren — den beabsichtigten Zweck erreicht; die kais. russ. Militärkommandanten haben demselben Gehorsam geleistet, und es ist seit dessen Erscheinen keine Verletzung der österr. Grenze durch russ. Truppen mehr vorgekommen, obgleich seither viele Kämpfe in der unmittelbaren Nähe der Grenze stattgefunden haben und somit leicht neuerliche Verletzungen des kais. Gebietes hätten stattfinden können. Aus obiger Darstellung ergibt sich:

1. Daß die kais. russische Regierung die begangenen Rechtsverletzungen vollkommen anerkannt und deshalb wiederholt Bedauern und Entschuldigungen ausgesprochen hat.
2. Daß die hierbei an ihrem Eigenthume verletzten Personen angemessene Entschädigungen erhalten haben.
3. Daß die Schuldtragenden Seitens der russischen Regierung bestraft worden sind und
4. Daß die von der russ. Regierung zur Verhütung der Wiederholung ähnlicher Vorfälle ergriffenen Maßregeln ihren Zweck erreicht haben, indem seitdem kein Anlaß zu einer ähnlichen Beschwerde vorgekommen ist, daß daher Alles geschieden ist, was nach internationalem Rechte von Rußland in Anspruch genommen werden konnte.

Polizeiminister Baron Meesery beantwortet hierauf die vom Grafen Potocki und Eugen Grafen Rinsky gestellten Interpellationen u. Die erste Beantwortung des Herrn Polizeiministers lautet:

Die kais. Regierung steht der polnischen Frage in einer Doppellage gegenüber — einmal als europäische Großmacht — aber auch als Grenznachbar des Kampfplatzes mit dessen Regierung Oesterreich in friedlichen freundschaftlichen Beziehungen steht. Es ergeben sich hieraus für die kaiserl. Regierung Pflichten, deren Erfüllung in den zwar nicht kodifizierten, aber darum nicht minder für solche Fälle als bindend anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen ihre Rechtfertigung und ihre rechtliche Begründung findet.

Einer dieser Grundsätze legt jeder neutralen Macht, selbst dort wo auf den benachbarten Gebieten ein Kampf zweier anerkannter kriegsführenden Mächte stattfindet, die Pflicht auf, durch wirksame Maßregeln zu verhindern, daß das, Einzelnen oder Mehreren durch den gestatteten Uebertritt auf das eigene Gebiet gewährte Asyl dazu mißbraucht werde, sich zu sammeln, den Angriff zu erneuern, kurz das Asyl zu einem durch den Schutz der Neutralität gedeckten Angriffspunkt wider den Gegner zu benutzen.

Der Erfüllung dieser internationalen Pflichten konnte sich aber die kais. Regierung um so weniger in einem Falle entziehen, wo es sich nicht um den Kampf zweier anerkannter kriegsführenden Mächte, sondern um eine Insurrektion handelt.

Es war daher bei dem massenhaften Uebertritt und Zuzug von Insurgenten an der russisch-polnischen Grenze ein Gebot der Nothwendigkeit, entsprechende Maßregeln zu ergreifen, und den durch die Stellung der kais. Regierung bedingten internationalen Pflichten gerecht zu werden.

Sollten diese Maßregeln aber wirksam sein, so war, abgesehen davon, daß der bei Weitem größte Theil der Uebergetretenen von allen Geldmitteln entblößt, daher nicht in der Lage war, eine weitere Reise zu unternehmen — abgesehen ferner davon, daß die österr. Regierung durch die Ertheilung von Pässen für die Ausweislosen eine gewisse Garantie für die ihr völlig Fremden hätte übernehmen müssen, wozu sie weder verpflichtet noch berechtigt war, ein bloßer Durchzug durch österr. Gebiet in das benachbarte Ausland schon durch die Erwägung ausgeschloßen, daß nicht die geringste Garantie gegen das augenblickliche Wiedererscheinen der Uebergetretenen auf dem Kampfplatze geboten werden konnte.

Es erübrigte daher nichts anderes als die Entfernung der Angehaltenen von der Nähe des Kampfplatzes und insoferne deren Abschaffung in ihre Heimat theils über die österr. Landesgrenze theils in ihre österr. Zuständigkeitsorte unthunlich erschien, was insbesondere bei den kais. russischen Unterthanen der Fall ist, deren Vereinigung an bestimmten, eine Beaufsichtigung ermöglichenden Orten, sowohl um ihre Verpflegung zu erleichtern, als um die Gefahren zu beseitigen, welche aus einer unbehinderten Freizügigkeit so vieler substanzloser Individuen die öffentliche Sicherheit bedrohen konnten.

Das sind die Gründe und Erwägungen, welche die kais. Regierung veranlaßt haben unter den gegebenen Verhältnissen die Maßregeln der Internirung als ein Gebot des internationalen Rechtes, der poli-

tischen Nothwendigkeit und der Humanität in Anwendung zu bringen. Es bedurfte darüber weder besonderer Verträge noch sonstiger Vereinbarungen.

Obgleich nun durch das eben Gesagte die gestellten beiden Fragen beantwortet sind, glaubt die Regierung doch noch auf die Motivirung der Interpellation, welche das Gesetz vom 27. Oktober 1862 dem eingehaltenen Vorgange gegenüber stellt, eingehen zu sollen.

Nach der Auffassung der Regierung kann das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit eben so wenig einen Grundsatz des Völkerrechts im Frieden, als des Völkerrechts im Unfrieden oder im Kriege zu ändern beabsichtigen, es kann daher eben so wenig die Erfüllung einer internationalen Pflicht der Regierung als einen Uebergriff der öffentlichen Gewalt bezeichnen wollen, als es die Tendenz haben kann, die Kriegsgefangenen gegen militärische Verfügungen in Schutz zu nehmen.

In beiden Beziehungen existirt kein geschriebenes Gesetz, sondern es gelten bloß die anerkannten unwidersprochenen völkerrechtlichen Grundsätze. Es folgt daraus, daß das erwähnte Gesetz auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden kann. Allein selbst der Wortlaut desselben spricht für die Auffassung der Regierung. Der Asylsuchende übernimmt durch den einfachen Akt seines Uebertrittes die durch den §. 5 des Gesetzes als Kriterium einer gesetzmäßigen Anhaltung an einem bestimmten Ort geforderte, rechtlich begründete Verpflichtung sich den Bedingungen zu fügen, welche das Völkerrecht einem neutralen Staate als Pflicht bei Gewährung des Asyls auferlegt.

Die kaiserliche Regierung hat geglaubt, diese ihre Ueberzeugung aus dem Grunde aussprechen zu sollen, weil sie ein Gewicht darauf legt, nach der strengen Norm der Gesetze vorzugehen, und weil sie den sonst vielleicht begründeten Vorwurf gegen die österreichische Gesetzgebung ferne halten wollte, daß sie von der vollziehenden Gewalt Unmögliches oder doch Etwas verlange, was mit der Erfüllung ihrer internationalen Pflichten unvereinbar ist.

Die zweite Interpellation wird vom Herrn Polizeiminister folgendermaßen beantwortet: Was den ersten Fragepunkt betrifft, so ist bisher bei Volksaufmäusen in den Straßen von Krakau und insbesondere am 14. Juli l. J. von der Feuerwaffe erst dann Gebrauch gemacht worden, als die in der Ausübung ihres Dienstes begriffene Militärmannschaft von Zivilpersonen durch Steinwürfe angegriffen worden war. Ueber diese Thatfachen lassen glaubwürdige Berichte von Behörden sowohl, als von Privaten keinen Zweifel übrig. So sehr die Regierung daher die traurigen Folgen der Ereignisse vom 14. Juli bedauert, so liegt doch umsoweniger ein Anlaß vor, darüber noch anderweitige Untersuchungen anstellen zu lassen, als sie gegründete Ursache hat, in die Pflichttreue und Umsicht der galizischen Landesbehörden volles Vertrauen zu setzen.

Was die zweite Frage betrifft, ob die Regierung geneigt sei, für die Folge eine Weisung zu erlassen, daß auf das Volk, ohne vorläufige Aufforderung zum Auseinandergehen, nicht gefeuert werde, so ist auch hiezu kein Anlaß vorhanden, denn wenn es sich um die durch militärische Macht und nöthigenfalls durch Anwendung der Waffe zu erzwingende Befolgung

Fenilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Beginn der Hundstage — Laibach und Triest — Die schöne Unbekannte — Eine Ehestandsgemeinschaft — Er lernt italienisch — Der Vergnügungszug nach Venedig.)

Seit dem schrecklichen Ungewitter vor acht Tagen, seit der großartigen Verschwendung des Himmels an Feuer und Wasser, so, daß alle Vorräthe erschöpft zu sein scheinen — das Gewitter gestern Abends war schwach — ist das Wetter zeitgemäß, daß heißt, den Hundstagen entsprechend geworden. Gestern haben dieselben begonnen, und bestätigt es sich, daß sie die heißeste Zeit im Jahre bilden. Wer die nöthigen Mittel hat, flüchtet auf's Land, in die Sommerfrische; denn die Hundstage sind diejenigen Tage, welche am wenigsten gefallen — wenn man in der Stadt bleiben muß.

Während die Bewohner unserer Stadt jeden beneidenswerth finden, der für die Zeit, in welcher der Sirius unter allen Sternen den auffallendsten und unangenehmsten Einfluß auf unseren armen Planeten ausübt, die kühleren Thäler Oberkrains und Kärntens, oder die reizenden Badeorte Steiermarks aufsuchen kann, beneiden die Triester schon Jeden, der vor der sengenden Gluth der Sonne nach Laibach flüchtet, in seinen grünen, schattigen Alleen lustwandeln kann; denn die schöne Stadt an der Adria ist

in der heißen Sommerzeit nichts weniger als ein angenehmer Aufenthalt. Die Emigration nach Krains grünen Landen wird daher Ende Juli stets sehr stark, und sowohl unsere Stadt, wie auch das reizende Beldes und das malerische Stein erhalten Besuch von Trierer Gästen, die mit Vergnügen den Anblick der grünen Wälder und Wiesen gegen jenen des ihnen schon langweilig gewordenen blauen Meeres vertauschen. Bei einem Gange durch die in der Sternallee auf und ab Spazierenden oder auf den Bänken Sitzenden, wenn in den Abendstunden die Musik spielt, kann man leicht die Bemerkung machen, daß heuer schon sehr viel wälschendes Element vorhanden ist. Wen die lieblichen Laute, in denen Dante, Ariost und Petrarke ihre Werke schrieben, zum schlechtesten Jargon verdorben, nicht davon überzeugen, dem müssen andere Momente, mehr äußerlicher Natur, als da sind: Teint, Tracht, Benehmen u. die Ueberzeugung verschaffen, daß die Emigration in Triest begonnen hat. Unverkennbar ist er, der Trierer, der Großhändler des Südens, wenn er in unsere Gesellschaftsreise, die eine so ganz andere Färbung haben, her eintritt. Noch mehr ist das bei den Damen der Fall, namentlich, wenn sie so schön sind, wie jene Triesterin, welche schon einige Mal während der Musik in der Sternallee erschien und daselbst Aller Blicke auf sich zog.

Wie die Dichter in ihrer Begeisterung das Weib des Südens schildern, schön, glühend und voll natürlicher Grazie, so war sie, die, das schönste Triester Italiensprechende, mit ihrer Begleitung auf und ab wandelnde Signora. Ich will sie nicht näher schildern, ich will ihr edles schönes Gesicht, ihre dunk-

len sengenden, von schön geschwungenen Brauen überschatteten Augen, ihr schwarzes Haar nicht in Dithyramben preisen — wer sie gesehen, muß für sie begeistert sein. Auch Herr X., welcher mit seiner jungen Frau die Abendkühle in der Sternallee genoß, war es, und genierte sich gar nicht, es seiner lebenswüthigen Ehehälfte merken zu lassen. Anfangs fanden seine Exclamationen keinen Widerspruch, war doch Frau X. ebenfalls geblendet von der Schönheit der Signora; als er aber immer wieder darauf zurückkam, fing es sie an zu ärgern, und vollends, als er vor dem Schlafengehen noch ein Mal mit deutlicher Entzückung der schönen Triesterin gedachte, ward sie ganz aufgebracht. Aber sie schwieg; erst wenig Jahre verheiratet, hatte sie doch die Erfahrung gemacht, daß es besser sei, nicht zu widersprechen, und nicht durch mißbilligende Anspielungen zu reizen. Sie schwieg — sie war eine Heldin in der Selbstüberwindung. Aber in ihrem Herzen war ein Gefühl wach geworden, das sie nicht überwinden konnte, das sich immer wieder regte, so oft sie es zurückdrängte, und das mit jedem Tage stärker ward — es war die Eifersucht, die Leidenschaft, welche mit Eifer sucht, was Leiden schafft, wie schon weiland der große Saphir gesagt hat. Unter dem Einfluß dieser Leidenschaft kam ihr nun das ganze Wesen ihres Gemals mit einem Male verändert vor. Es dünkte sie, daß sie von ihm vernachlässigt werde; er ging Abends regelmäßig aus und kam einige Male spät heim. Sie beschloß, ihn genau zu beobachten, und verschmähte sogar die Spionage nicht; sie schlich sich in seiner Abwesenheit in sein Zimmer, sie durchsuchte seine Rocktaschen, noch

einer bestimmten Anordnung, z. B. des Auseinandergehens handelt, so hat ohnehin nach den bestehenden Vorschriften eine Aufforderung und Warnung voranzugehen.

Wird jedoch das Militär insulirt oder thatsächlich angegriffen, so ist für dasselbe allein die Instruktion des Dienstreglements für Wachen maßgebend, und es ist eine Aufforderung, in einem solchen Falle um so weniger möglich, als ein Angriff wohl kaum im Vorhinein angekündigt wird.

Die Herren Interpellanten stellen weiter die Fragen:

1. „Ob das Krakauer Telegraphenamt“ (bei Zurückweisung des vom Landtagsabgeordneten Benoe am 14. Juli 1863 an den Reichsrathsabgeordneten Dr. Zyblikiewicz in Wien gerichteten Telegrammes über die Krakauer Vorfälle des 14. Juli) „nicht nur in formeller, sondern auch in materieller Hinsicht den Instruktionen gemäß gehandelt habe?“

2. „Ob die Instruktionen so weit gehen, daß selbst ein Reichsrathsabgeordneter während der Sitzung über so wichtige Vorfälle in seinem Heimatlande im telegraphischen Wege nicht benachrichtigt werden könne?“

Die Instruktionen, von welchen das Krakauer Telegraphenamt bei der Zurückweisung jenes Telegrammes ausging, sind auf allgemein verbindliche Weise durch das Reichsgesetzblatt kundgemacht.

Sie beruhen auf der Verordnung des Handelsministeriums vom 18. September 1850 (R. G. B. 127. Stück, Nr. 362) S. 5.

Hierauf müssen Privatdepeschen, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles und der Sittlichkeit zur Mittheilung nicht geeignet gehalten werden, von den Telegraphen-Stationen zurückgewiesen werden. Von der Zurückweisung einer solchen Depesche nach bereits erfolgter Annahme muß der Absender unter Mittheilung der Gebühr unverzüglich in Kenntniß gesetzt werden. Der Instanzenzug im Rekurswege ist genau bezeichnet.

In formeller Beziehung ist das Krakauer Telegraphenamt dieser Vorschrift nachgekommen.

Aber auch in materieller Beziehung trifft dasselbe durchaus nicht der Vorwurf einer Gesetzwidrigkeit.

Die von Benoe aufgegebene Depesche enthält nicht nur mehrere Unrichtigkeiten, sondern trägt auch in ihrer Fassung das Gepräge der Verdächtigung der Behörden und des Militärs.

Es ist unwar, daß das Pfeifen von Gewehrbüben und ein von einem Polizeibeamten ohne Veranlassung und Mahnung zum Auseinandergehen ertheilter Befehl den Anlaß zum Gebrauche der Feuerwaffen gegeben habe, vielmehr haben bei der Transportirung der konfiszierten Munitionsgegenstände mehrere Individuen nicht nur gepfeifen, sondern auch die eskortirende Militärpatrouille mit Steinen beworfen, und nachdem mehrere Steine die begleitende Patrouille getroffen hatten, machten mehrere Soldaten von ihren Schießwaffen Gebrauch.

Es ist ferner unrichtig, daß bei dem Wegtragen von Verwundeten am Hauptplatze geschossen wurde, ohne daß hiezu ein Anlaß gegeben wurde. Vielmehr wurden bei dem Wegführen eines verhafteten Exzendenten die begleitenden Soldaten auf dem Hauptplatze

abermals mit Steinen beworfen, worauf sie erst Feuer gaben und einen der Hauptexzendenten, welcher mit einer Mißgabel bewaffnet war, verwundeten.

Es ist nicht zu verkennen, daß bei den gegenwärtigen politischen Zuständen Nachrichten solcher Art, wenn sie dem eigentlichen Sachverhalt widersprechen und so tendenziös zusammengestellt sind, höchst beunruhigend wirken müssen und daher im Interesse der öffentlichen Sicherheit nicht zur Weiterverbreitung mittelst einer Staatsanstalt zugelassen werden können.

Da übrigens die über die Benützung des Staats-telegraphen für Privatdepeschen erlassenen Vorschriften allgemein verbindlich sind und als solche kundgemacht wurden, so gelten dieselben für alle Staatsbürger in gleichem Maße und die Person des Absenders und Adressaten kann hierin keine Ausnahme begründen.

Handelsminister Graf Wickenburg beantwortet hierauf die von Dr. Stamm an das Handels- und Finanzministerium gerichtete Interpellation, betreffend die Prüfung der Eisenbahnschienen. Der Minister theilt mit, daß eine spezielle Prüfung von Schienen nie stattgefunden habe und auch durch kein Gesetz angeordnet werde. Eine solche Prüfung wäre auch bei der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes schwer möglich und müßte sich ebenförmig auch auf Räder, Achsen, Federn etc. ausdehnen. Eine allgemeine Prüfung finde wohl von Seite der Regierung durch Kommissionen und Beaufsichtigungen statt. Die Erfahrung habe konstatirt, daß diese vorgeschriebene allgemeine Prüfung vollkommen genüge, um die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten. Schienenbrüche seien übrigens ein seltener Fall. Im Jahre 1862 sei auf sämtlichen Bahnen nur eine einzige Entgleisung durch Schienenbruch, und zwar auf der mit schwächeren Schienen versehenen Gammthaler Bahn, vorgekommen, ohne daß übrigens die persönliche Sicherheit dadurch gefährdet worden wäre. Diese Ziffer zeige am deutlichsten, daß man ruhig bei der bisherigen Uebung verbleiben könne und eine spezielle Prüfung der Eisenbahnschienen durchaus nicht geboten scheine.

Es wird sodann zur Tagesordnung, nämlich zur zweiten Lesung des Antrages Mühlfeld auf Aenderung der Notariats-Ordnung, geschritten. Berichterstatter ist Dr. van der Straß. Der Ausschuss beantragt mit großer Majorität die Weglassung der Bestimmung, welche zur Erlangung einer Notariatsstelle fordert, daß der Bewerber der christlichen Religion zugethan sein müsse. — Es ist kein Redner eingetragen, und da Niemand zum Worte sich meldet, wird sogleich zur Abstimmung geschritten und der Ausschussantrag mit großer Stimmenmehrheit (die Minister erheben sich dafür) angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des zur Vorberathung über die formelle Behandlung des Staatsvoranschlages für 1864 niedergesetzten Ausschusses. Berichterstatter ist Dr. Herbst. Der Ausschuss beantragt: der Staatsvoranschlag für 1864 sei an einen Ausschuss von 36 Mitgliedern zu verweisen, welche aus dem ganzen Hause zu wählen sind. — Es ist kein Redner eingetragen, und da Niemand das Wort verlangt, wird sogleich zur Abstimmung geschritten und der Antrag angenommen, worauf auch sogleich die Wahl vorgenommen wird. — Zur Vornahme des Skrutiniums wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird das Skrutinium der Wahlen bekannt gegeben.

In den Finanzausschuss wurden gewählt: Kaisersfeld, Gieslra, Degli Alberti, Dobblhoff, Hopfen, Graf Potocki, Schlegel, Herbst, Gieselsberg, Grocholski, Skene, Taschek, Winterstein, Schniger, Kirchmaler, Tinti, Graf Bratislaw, Lohninger, Bischof Witwinowicz, Ingram, Kuranda, Brinz, Schindler, Hagenauer, Graf Eugen Rinsky, Stamm, Demel, Wohlwend, Bachofen, Ischabuschnigg, Szabel, Juzyczynski, Capenna, Graf Hartig (und durch Nachwahl) van der Straß, Rosthorn.

Schluß der Sitzung halb 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen (11 Uhr).

Oesterreich.

Wien, 22. Juli. Wie man in juristischen Kreisen vernimmt, sollen die Hauptdifferenzpunkte bezüglich der Strafprozeßordnung gewesen sein: Die Frage, ob die Aufrechterhaltung der Berufung in gewissen Fällen, oder ob die Einführung der Richtigkeitsbeschwerde in allen Fällen zweckmäßiger sei; dann die weitere Frage, ob Schöppengerichte in gewissen der Kompetenz der Geschwornen nicht unterliegenden Strafsachen einzuführen seien. Die Schöppengerichte würden aus gelehrten Richtern und nicht rechtsgelehrten Gerichtsbeisitzern in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines rechtskundigen Richters bestehen. Eine derartige Einrichtung hat bis zum Jahre 1848 in Oesterreich bestanden und auch deutsche Gesetzgebungen kennen das Institut der Schöppengerichte. Dasselbe scheint aber im Staatsrathe auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen zu sein und faktisch fand es in der Strafprozeßordnung, welche auf den Tisch des Abgeordnetenhauses demnächst niedergelegt werden wird, keine Aufnahme.

Es ist übrigens nicht zu verkennen, daß den Gründen, welche für die Schöppengerichte sprechen, nicht minder gewichtige und zahlreiche entgegenstehen, und die Akten darüber noch nicht geschlossen sind, ob Schöppengerichte oder bloß aus Rechtskundigen bestehende Gerichte vorzuziehen sind.

— In Bezug auf die Verhaftung des Fürsten Adam Sapieha wird der „N. N. Ztg.“ geschrieben, daß, wie aus den gepflogenen Erhebungen hervorgeht, der junge Fürst nicht bloß moralisch, sondern auch physisch an der polynischen Expedition theilhaftig war, da er beim verunglückten Angriff auf Radziwiliow ein Kommando unter Wysocki führte. Zahlreiche, den Fürsten kompromittirende Schriften sollen in dessen Wohnung vorgefunden worden sein, Briefe von allen hervorragenden Führern der Insurrektion, Quittungen über empfangene Waffen- und Munitionsendungen, Schlachtpläne etc. Mit dem Fürsten und mehreren Beamten desselben wurde auch ein fremder Pole, mittleren Alters, verhaftet, der, wie aus den bei ihm gefundenen Papieren hervorgehen soll, Vollmachtsträger der Nationalregierung ist. Mehrere Pässe wurden bei demselben gefunden, nichts destoweniger ist sein Name und Charakter in tiefes Dunkel gehüllt, da er jede Auskunft darüber verweigert. Derselbe wird unter starker Bewachung im Polizeigebäude in Lemberg gefangen gehalten.

Sermannstadt, 17. Juli. Wie man dem

duftenden Biletts spähend — fand aber nichts. Aus seiner Lesüre wollte sie seinen Gemüthszustand erforschen, trat an seinen Arbeitsisch und sah — entsetzt! — ein Buch, betitelt: „Die Kunst, in vierzehn Tagen Italienisch sprechen, lesen und schreiben zu lernen“, und daneben ein anderes in Goldschnitt: „Il Decamerone“, von Boccaccio. Jetzt schien ihr alles klar — er lernte Italienisch der schönen Signora zu Liebe, und hatte wahrscheinlich das goldschnittliche Buch von ihr selbst zum Lesen erhalten. — Ich bin die unglücklichste Frau auf der Welt, rief sie verzweifelt, und ging in ihr Zimmer.

Als ihr Gemal nach Hause kam, saß sie in der Divancke und weinte. Was fehlt Dir, liebes Kind? — Sie schwieg. — Bist Du krank? — Sie schwieg. — So sprich doch; habe ich Dir etwas nicht recht gemacht? — Du fragst noch, Ungetreuer? — Er prallte zurück. Was soll das heißen, Kind? Ich untreu? — Glaubst Du, ich sei nicht hinter Deine Schliche gekommen? Wo warst Du jetzt? — Bei Herrn Z. — Wer's glauben mag! — Gewiß! — Aber vorher warst Du bei der schönen Signora. — Wer? wo? — Bei ihr, der zu Liebe Du Italienisch lernst und den Boccaccio studirst. O, ich Unglückliche! — Ein schallendes Gelächter antwortet ihr auf diesen Schmerzensschrei. Ich soll der Signora halber Italienisch lernen? Unsinn! Ich lerne Italienisch, damit ich, wenn der Vergnügungszug nach Venedig zu Stande kommt und ich mitreise, mich dort mit den Eingebornen in ihrer Muttersprache unterhalten kann. Darf ich das nicht? Bin ich deshalb untreu? —

Den Schluß der Szene kann sich der Leser denken; aber bezüglich des Ausspruches: „wenn der Vergnügungszug nach Venedig zu Stande kommt“ müssen wir erwähnen, daß wir Genaueres über das Projekt erfahren haben, und daß wir demnach glauben, es wird realisiert werden. Wir haben nämlich einen Einblick in das Programm thun dürfen, und sind so indiskret, Folgendes zu verrathen.

Am 5. September Abends soll der Zug Laibach verlassen, damit die Reisenden am Morgen des nächsten Tages schon die alte Dogenstadt betreten. Barken führen sie durch den Canal grande in das Hotel de la ville, in den komfortabelsten und größten Gasthof Venedigs, der am Canal grande gelegen, zugleich historisch merkwürdig ist, denn er ist der frühere Palazzo Loredano, das Stammhaus der Dogen dieses Namens. Nachdem die Logis bezogen und die Effekten untergebracht sind, wird am Markusplatze unter den Procuratien in den Caffehäusern gesüßelt. Um zehn Uhr versammeln sich die Reisenden auf dem Markusplatze, um je 20 Personen unter einem Führer an die Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, der Paläste und Kirchen, des Dogenpalastes, des Arsenal, der Academia delle belle arti etc. zu gehen. Um 4 Uhr gemeinschaftliche Tafel im Hotel della ville (der Speisezettel bezeichnet fünf Gänge). Nach dem Diner besichtigen Dieselben, welche eine Totalansicht der Stadt haben wollen, den Markusthurm; der Anblick ist zu dieser Zeit am schönsten. Um 8 Uhr Abends Spaziergang über die Riva dei Schiavoni nach den giardini pubblici, von wo aus nun eine große Gondelfahrt (Serenata) durch den mit bengalischen Flammen

beleuchteten Canal grande unternommen wird. Eine Militärmusikbande und die cantanti pittori, die venezianischen Nationaltänzer, begleiten die Fahrt, die jedenfalls großartig werden wird, denn Hunderte von erleuchteten Gondeln werden daran theilnehmen. Nach der Fahrt ad libitum.

Am folgenden Tage wieder Frühstück unter den Procuratien und Fortsetzung der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, dann wieder gemeinschaftliche Tafel. Abends Fahrt von den giardini pubblici nach dem Vido unter Beleuchtung der Lagunen mit einer elektrischen Sonne. Diese Fahrt soll einen zauberischen Anblick gewähren. Beides, die Kanalfahrt und die Vidofahrt, werden dem Reisenden den ganzen Zauber der Königin der Adria enthüllen. Nach der Fahrt Reunion im giardino dei Santi Apostoli, wo die beste österreichische Militärmusik, die Kapelle des Regiments Benedek, spielen wird. Am 8. September Abfahrt, Aufenthalt von zwei Stunden in Görz, um zu Mittag zu essen und die Stadt zu besichtigen; Abends Ankunft in Laibach.

In dieser Weise ist die Fahrt projectirt, und wir müssen gestehen, daß den Theilnehmern da Genüsse geboten werden, die sie bei vereinzelt Besuchen Venedigs nicht haben können. Wir wünschen dem Unternehmen den besten Erfolg.

„Pesti Hirnök“ von hier schreibt, haben die Rumänen einen Versuch gemacht, um mit der ungarischen Partei einen Ausgleich anzubahnen und dieselbe von ihrer unfruchtbaren Negation abzuhalten. Es verfügten sich mehrere rumänische Landtagsabgeordnete zu den Führern der ungarischen Partei, den vormaligen Hofkanzler Baron Franz Kemény und den Grafen Miko, und forderten sie im Namen ihrer Parteigenossen auf, den beiden nationalen Parteien Gelegenheit zu gegenseitiger Annäherung zu geben, damit sie miteinander einige Ausgangspunkte festsetzen könnten, von welchen man, gemeinsam ausgehend, die Verhandlungen des Landtages zu einem gedeihlichen Resultate führen könne. Die Deputation wurde von beiden Herren mit größter Zuversicht und Herzlichkeit empfangen, aber die Antwort lautete: „daß der gegenwärtige Landtag nicht auf gesetzlicher Basis einberufen sei, daß demnach auch Jeder, der an der Gesetzlichkeit festhalten will, an diesem Landtage keinen Antheil nehmen könne.“

— Aus **Hermannstadt** wird geschrieben: „Der Entschluß der Magyaren, nicht in den Landtag zu treten ist nicht bloß durch den ungünstigen Ausfall der Wahlen in den Komitaten, sondern wesentlich durch das Allerhöchste Eröffnungsdekret veranlaßt worden. Man hatte Kunde davon erhalten, daß in demselben in klarer, unumwundener Weise die Nichtbestätigung des Leopoldinischen Diploms ausgesprochen sein würde. Nun hatte man aber den Plan gehabt, die Forderung einer vorgängigen Bestätigung dieses Diploms zum Ausgangspunkte der Verhandlung zu nehmen und so einen blaffen Abklatsch des ungarischen Landtags von 1861 in Szene zu setzen. Man hätte die Thronentsagungsurkunden akzeptiert und hätte erklärt, daß man sich erst in weitere Verhandlungen einlassen könne, wenn der neue Herrscher das Leopoldinische Diplom bestätigt hätte, in welcher Richtung eine Adresse oder Repräsentation beantragt worden wäre. Einem solchen Feldzugsplane wurde nun die Basis dadurch genommen, daß das Allerh. Dekret es von vornherein unumwunden ausspricht, daß von einer Bestätigung desselben keine Rede sein könne, und daß das neue Recht in einem neuen Diplome bestätigt werden solle.“

Ausland.

— Aus **Brüssel** erhalten wir Mittheilung von einem Vorgange in der Schiedsgericht-Konferenz, welche allgemeines Interesse beansprucht. Es erklärte nämlich der österreichische Gesandte in Brüssel, Baron von Hügel, als Bevollmächtigter für Oesterreich, Hannover und Spanien, wegen der Anwesenheit eines Vertreters des Königreichs Italien sich in der Lage zu befinden, sich ausdrücklich dagegen zu verwahren, daß aus seiner und des italienischen Gesandten, Herrn v. Montalto, gemeinsamen Theilnahme an diesem Akte irgend ein Präcedenz abgeleitet werde im Sinne einer Anerkennung des Königreichs Italien Seitens der von ihm vertretenen Regierungen. Indem hierauf der präsidirende belgische Minister Rogier hervorhob, daß es sich hier um einen ausschließlich kommerziellen Akt handle, welcher die verschiedenen politischen Beziehungen und Interessen der theilnehmenden Regierungen in keiner Weise engagiren könne, war der Formalität Genüge geleistet, welcher die österreichische Diplomatie bei jeder völkerrechtlichen Handlung, in welcher sie sich mit Vertretern des Königreichs Italien zusammenfindet, nachzukommen pflegt.

Die „France“ hat aus Trapezunt nachstehenden interessanten Bericht erhalten: Es herrscht gegenwärtig große Bewegung unter den Stämmen des Kaukasus.

Die Lesghier sind jüngst bis Sakataly vorgerückt und haben zwei ihnen entgegengeordnete russische Regimenter zurückgeworfen, ein Bataillon vollständig vernichtet und, wie es heißt, sich sogar der Festung genannter Stadt bemächtigt. Die Nachricht von diesem Ereignisse und die Gerüchte von der Eventualität eines bevorstehenden Krieges zwischen Rußland und den Westmächten haben unter den Völkernschaften längs des Küstenstrichs von Transkaukasien sehr aufregend gewirkt. Man versichert, daß die Abchasen eine Bewegung gegen Südoß in den Distrikt von Poti ausgeführt haben. General Fürst Mirski, Gouverneur von Kutas, wird in Trapezunt erwartet, von wo er sich nach Konstantinopel begeben wird, um dem Sultan für die Absendung Emin Paschas nach Tiflis, während der Anwesenheit des Großfürsten Michael daselbst, zu danken.

Tagesbericht.

Laibach, 25. Juli.

Gestern Nachmittag fuhren vier Männer zur Save hinaus, um darin zu baden. Einer derselben, der Lokomotivführer Kutschera, wahrscheinlich sehr erregt, ward in der kalten Fluth vom Schlag gerührt und blieb sogleich todt.

— Der auch als Kompositur bekannte hiesige Dom-Organist Nihar ist gestern gegen Abend gestorben.

— Der Leichnam des, bei der Schwimmschule in die Laibach gestürzten Knaben wurde gestern bei Miste gefunden.

Wien, 23. Juli.

— Se. Majestät der Kaiser ist gestern Früh von Laxenburg hier angekommen, hat den Herrn Minister-Präsidenten Erzherzog Rainer empfangen und so dann durch mehrere Stunden Audienzen erteilt. Statthalter Freiherr v. Poche und der Bischof von Larnow, Joseph Alois Putalski, hatten auch Audienz. Heute begibt sich Se. Majestät in das Lager bei Bruck an der Leitha und wird am Sonntag in Reichenau eintreffen.

— Das Ziel der italienischen Reise des Erzherzogs Albrecht ist Rom. Der Herr Erzherzog ist von seinen beiden Töchtern, Erzherzoginnen Mathilde und Theresie, begleitet und gedenkt drei bis vier Wochen in Rom zu verweilen.

G. C. Telegraphische Nachrichten aus **Hermannstadt** zufolge beschäftigte sich der siebenbürgische Landtag in seiner Sitzung am 23. d. mit den Verifikations-Verhandlungen und wurden dieselben auch zu Ende geführt, worauf der Präsident die Versammlung für konstituiert erklärte. Das Nichterscheinen der Ungarn wird als definitiv entschieden gemeldet.

— Das Prager Landes als Straf-Gericht hat über die wieder den Redakteur der „Politik“ Johann Skrešovský wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe geführte Untersuchung zu Recht erkannt, daß von jedem weiteren Verfahren wider den Angeklagten abgesehen und derselbe vom Ersatze der Kosten des Strafverfahrens losgezählt werde.

— Die Breslauer Gäste, welche mit dem Vergnügungszug hier angekommen sind, unternahmen gestern einen Ausflug auf den Semmering.

— Die Gesamtmenge der zu Ende Juni im Umlauf befindlichen Münzscheine betrug 10,334,656 Gulden.

— Die Konzession zur Errichtung der Pesther Börse soll bereits an die städtische Behörde gelangt sein.

— Dem „Sürgöny“ schreibt man aus Szolnok, daß das dortige Franziskanerkloster in einer Nacht dieser Woche von Räubern angegriffen und aller Lebensmittelvorräthe beraubt wurde. Das fromme Kloster, das täglich die Armen speiste, ist nun selbst auf Hilfe in der Noth angewiesen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Czernowitz, 23. Juli. Heute Nachts versuchten Insurgenten eine halbe Meile unter Russisch-Rowoslicca aus der Moldau nach Bessarabien über den Pruth den Uebergang, zogen sich jedoch in Folge mehrerer Schüsse der russischen Grenzmannschaft wieder in die Moldau zurück. Aus diesem Anlasse wurde Russisch-Rowoslicca alarmirt. Viele Familien und russische Zollbeamte flüchteten mit der Zollamtskasse auf österreichisches Gebiet.

Gastein, 22. Juli (Abends). Se. Majestät der König von Preußen ist im besten Wohlfsein um 5 Uhr Nachm. eingetroffen.

Berlin, 23. Juli. Die „Kreuzzeitung“ meldet aus München vom 22. d. M.: Der König von Baiern wird mit dem Kaiser Franz Josef in Regensburg zusammentreffen.

Posen, 23. Juli. Die „Posener Ztg.“ vom 22. hält den Belagerungszustand für nothwendig in sieben Grenzkreisen Posen's und in den Kreisen Kulm, Thorn, Graudenz und Strassburg in Westpreußen.

Flensburg, 22. Juli. Der Kommissär zeigt den zurückgebliebenen Abgeordneten an, daß die Stellvertreter für den 30. d. M. einberufen seien. Man glaubt nicht, daß die Ständeversammlung noch beschlußfähig werden wird.

Karlsruhe, 23. Juli. Der Landtag wurde heute durch den Großherzog geschlossen. In der Thronrede werden die Reformarbeiten des Landtages im Sinne des Selbstgouvernements aufgezählt. Weiter heißt es in derselben: „Das stete Streben meiner Regierung wird es bleiben, diese Entwicklung zu fördern und ohne Eiferjucht auf die freie Selbstverwaltung meines Volkes siehe ich um den Segen des Himmels für das Gedeihen seiner Thätigkeit.“ Die Thronrede schließt: „Wie nur ausdauernde Arbeit an das Ziel führen konnte, an welchem wir heute mit den Fragen der inneren Gesetzgebung stehen, so lassen Sie uns aus dieser Erfahrung für noch unerfüllte Hoffnungen des Gesamt Vaterlandes die tröstliche Zuversicht schöpfen, daß Hingebung, Ausdauer und unverzagter Muth auch für das große Werk der Einigung den Sieg erringen werden. Stehen wir treu zu dieser Ueberzeugung.“

Darmstadt, 23. Juli. Die zweite Kammer verwarf heute die bindende Kraft der fixen Etats für die Gesandtschaften und bewilligte mit 31 gegen 14 Stimmen statt der geforderten 60 000 fl. für die Gesandtschaften nur 30 000 fl.

Paris, 23. Juli. Das „Journal de Debats“ veröffentlicht einen von Saint Marc Girardin gezeichneten Artikel über die durch die russischen Antworten geschaffene Lage der polnischen Angelegenheit. „Wir widerstreben nicht,“ sagt das „Journal de Debats“, „dem Kriege, der, in uneigennützig und entscheidender Weise geführt, die größte That dieses Jahrhunderts wäre.“ (Pr.)

St. Petersburg, 22. Juli. Das „Journal de St. Petersbourg“ veröffentlicht die Antwortnoten an die drei Mächte, datirt vom 23. Juli.

Börsenbericht. **Wien 23. Juli** (Dr. Ztg. Abdl. Mittags 1 1/2 Uhr.) Unter dem Eindruck der bedeutenden Baixe in Paris eröffnete die Börse hier, schloß jedoch sehr bei wesentlich besserer Stimmung, und betrugen die Kursunterschiede im Vergleich mit den gestrigen Notirungen zuletzt nur mehr unerhebliche Bruchtheile. Wechsel auf fremde Plätze, für Bedarfsläufe zu auswärtigen Deckungen viel benötigt aber auch viel abgegeben, schließen bei bedeutenden Umsätzen um 1/2 % theurer als gestern und um 1/2 % billiger als sie zu Anfang der Börse begehrt waren. Geld genügend flüssig.

| Öffentliche Schuld. | | Gold | | Waren | | Gold | | Waren | |
|---|-----------|------------|--|-------|--|------|--|-------|--|
| A. des Staates (für 100 fl.) | | | | | | | | | |
| In österr. Währung zu 5% | 71.40 | 71.60 | | | | | | | |
| 5% Anleih. v. 1861 mit Rückz. | 96.— | 96.50 | | | | | | | |
| ditto ohne Abschritt 1862 | 95.— | 95.25 | | | | | | | |
| National-Anleihen mit Zinner-Coupons „ 5% | 81.40 | 81.50 | | | | | | | |
| National-Anleihen mit April-Coupons „ 5% | 81.50 | 81.60 | | | | | | | |
| Metaliques „ 5% | 75.60 | 75.75 | | | | | | | |
| ditto mit Mai-Coup. „ 5% | 75.85 | 76.95 | | | | | | | |
| ditto „ 4% | 68.— | 68.25 | | | | | | | |
| mit Verlosung v. Jahre 1839 | 156.— | 157.— | | | | | | | |
| „ 1854 | 95.— | 95.50 | | | | | | | |
| „ 1860 zu 500 fl. | 100.30 | 100.40 | | | | | | | |
| „ zu 100 fl. | 100.60 | 100.80 | | | | | | | |
| Cemo-Renten sch. zu 42 L. austr. | 17.— | 17.50 | | | | | | | |
| B. der Kronländer (für 100 fl.) | | | | | | | | | |
| Grundentlastungs-Obligationen. | | | | | | | | | |
| Nieder-Oesterreich zu 5% | 87.75 | 88.— | | | | | | | |
| Ob- u. Pest. und Salz. zu 5% | 85.— | 85.50 | | | | | | | |
| Böhmen „ 5% | 90.— | 91.— | | | | | | | |
| Steiermark „ 5% | 86.— | 89.— | | | | | | | |
| Kärnt., Krain u. Küst. „ 5% | 86.— | 88.50 | | | | | | | |
| Mähren u. Schleien „ 5% | 87.— | 88.— | | | | | | | |
| Ungarn „ 5% | 75.75 | 76.— | | | | | | | |
| Fem. Ban., Kro. u. Slav. „ 5% | 74.25 | 74.75 | | | | | | | |
| Galizien „ 5% | 73.50 | 73.75 | | | | | | | |
| Siebenb. u. Bukow. „ 5% | 73.25 | 73.75 | | | | | | | |
| Venetianisches Anl. 1859 | 92.— | 93.— | | | | | | | |
| Aktien (pr. Stück) | | | | | | | | | |
| Nationalbank „ 790.— | 792.— | | | | | | | | |
| Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. M. | 189.20 | 189.40 | | | | | | | |
| N. d. Gescom.-Ges. j. 500 fl. d. M. | 642.— | 645.— | | | | | | | |
| K. Ferd.-Nordb.-j. 1000 fl. G.M. | 1679.— | 1680.— | | | | | | | |
| Staats-Ges.-Ges. zu 200 fl. G.M. | 196.50 | 197.— | | | | | | | |
| oder 500 fr. | 147.— | 147.25 | | | | | | | |
| Kais. Elis.-Bahn zu 200 fl. G.M. | 127.25 | 127.50 | | | | | | | |
| Süd-nordb. Verb.-B. 200 „ | 127.25 | 127.50 | | | | | | | |
| Süd. Staats- lomb. ven. n. centr. | 127.25 | 127.50 | | | | | | | |
| ital. Elis. 200 fl. d. M. 500 fr. | 250.— | 251.— | | | | | | | |
| mit Einzahlung. | 250.— | 251.— | | | | | | | |
| Galiz. Karl-Ludw.-Bahn j. 200 fl. | 199.75 | 200.— | | | | | | | |
| G.M. mit Einzahlung. | 439.— | 441.— | | | | | | | |
| Don.-Danub.-G. j. 500 fl. G.M. | 243.— | 245.— | | | | | | | |
| Oesterreich. Lloyd in Triest | 392.— | 395.— | | | | | | | |
| Wiener Dampf.-Akt.-Ges. | 392.— | 395.— | | | | | | | |
| Besser Kettenbrücke | 161.— | 161.25 | | | | | | | |
| Böhm. Westbahn zu 200 fl. | 147.— | — | | | | | | | |
| Therzsbahn-Aktien 200 fl. G.M. | 147.— | — | | | | | | | |
| m. 40 fl. (70%) Einzahlung. | 147.— | — | | | | | | | |
| Pfandbriefe (für 100 fl.) | | | | | | | | | |
| Nationalbank 10 „ ditto 5% | 102.75 | 103.— | | | | | | | |
| bank auf verlosbare 5 „ | 92.— | 92.25 | | | | | | | |
| G. M. auf d. B. verlosb. 5 „ | 87.40 | 87.70 | | | | | | | |
| Nationalb. | 87.40 | 87.70 | | | | | | | |
| Lose (per Stück) | | | | | | | | | |
| Kred.-Anstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. d. M. | 133.— | 133.25 | | | | | | | |
| Don.-Danub.-G. zu 100 fl. G.M. | 92.— | 92.50 | | | | | | | |
| Stadtb. G. j. 40 „ d. M. | 31.— | 34.25 | | | | | | | |
| Güterhaz. „ 40 „ d. M. | 93.50 | 94.50 | | | | | | | |
| Salm „ 40 fl. d. M. | 36.50 | 36.75 | | | | | | | |
| Balfy zu 40 fl. G.M. | 37.— | 37.50 | | | | | | | |
| Glary „ 40 „ „ | 34.50 | 35.— | | | | | | | |
| St. Genois „ 40 „ „ | 36.50 | 37.— | | | | | | | |
| Windischgrätz „ 20 „ „ | 21.25 | 21.75 | | | | | | | |
| Waldstein „ 20 „ „ | 20.50 | 20.75 | | | | | | | |
| Reglewich „ 10 „ „ | 15.— | 15.25 | | | | | | | |
| Wechsel. | | | | | | | | | |
| 3 Monate. | | | | | | | | | |
| Amst. für 100 fl. südd. W. | 95.40 | 95.50 | | | | | | | |
| Frankfurt a. M. ditto | 95.50 | 95.65 | | | | | | | |
| Hamburg für 100 Mark Banco | 84.25 | 84.40 | | | | | | | |
| London für 10 Pf. Sterling | 112.50 | 112.60 | | | | | | | |
| Paris für 100 Francs | 44.50 | 44.60 | | | | | | | |
| Cours der Geldsorten. | | | | | | | | | |
| R. Münz-Dulaten 5 fl. 38 fr. 5 fl. 40 fl. | 15 „ 40 „ | 15 „ 45 „ | | | | | | | |
| Kronen „ 15 „ 40 „ | 9 „ 01 „ | 9 „ 03 „ | | | | | | | |
| Napoleon'sdor „ 9 „ 24 „ | 9 „ 24 „ | 9 „ 25 „ | | | | | | | |
| Russ. Imperials „ 1 „ 67 „ | 1 „ 67 „ | 1 „ 67 „ | | | | | | | |
| Verreinsthaler „ 1 „ 67 „ | 1 „ 67 „ | 1 „ 67 „ | | | | | | | |
| Silber-Agio „ 111 „ | 111 „ | 111 „ 35 „ | | | | | | | |